

Lehren aus dem Lockdown. Gewaltprävention in Zeiten von Corona

Bericht über den Online-Fachtag am 20. April 2021 in Kooperation der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, und der Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Dr. Angela Borgwardt

Gewaltprävention in der COVID-19-Krise

In seinen einführenden Worten verdeutlichte Felix Eikenberg, Leiter des Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass die Corona-Pandemie zu einem tiefen Einschnitt in unserem sozialem Leben geführt hat. Durch die Kontaktbeschränkungen hätten bestimmte soziale Interaktionen abgenommen, doch existierten weiterhin Konflikte und Gewalt zwischen Menschen. Allerdings gebe es eine wichtige Veränderung: In der Krise seien einige Gewaltformen im öffentlichen Raum zurückgegangen, während die **Gewalt hinter verschlossenen Türen** zugenommen habe, insbesondere im familiären Rahmen und gegen Frauen und Kinder. Der Lockdown mache es Einrichtungen und aufsuchender Präventionsarbeit schwerer, Gewaltsituationen vorzubauen und bei Bedarf einzugreifen. Dadurch stehe die Gewaltprävention vor erheblichen Herausforderungen, vor allem in einer großen Stadt wie Berlin.

Bisher erfolgreiche Methoden und Instrumente der Präventionsarbeit müssten an diese neue Situation angepasst werden. Vor allem sei es notwendig, neue digitale Angebote zu entwickeln und umzusetzen. Die Problematik reiche aber noch darüber hinaus: „Sozialarbeit ist allgemein in der Krise, wenn direkte Begegnungen nur noch erschwert oder gar nicht mehr möglich sind“, sagte Eikenberg. Hinzu kämen finanzielle Schwierigkeiten oder Raumprobleme vieler Träger. Wie in anderen Bereichen zeige sich beim Thema Gewaltprävention, dass durch die Corona-Pandemie bereits vorhandene Konflikte wie im Brennglas sichtbar und zum Teil auch verschärft werden.

Aleksander Dzembritzki, Staatssekretär für Sport und Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, benannte die **gravierenden Folgen der Pandemie** auf das Leben der Menschen: Das Herunterfahren des öffentlichen Lebens, Kontaktbeschränkungen, Ängste um die Gesundheit und die eigene Existenz, Homeoffice und Homeschooling prägten seit über einem Jahr den Alltag der Menschen. Durch die anhaltenden Einschränkungen seien die Menschen stark gefordert, viele kämen an ihre Belastungsgrenze. Während sich manche in dieser Situation zurückziehen und still unter Einsamkeit leiden, würden andere ihrer Wut und Verzweiflung freien Lauf lassen, aggressiv oder sogar gewalttätig reagieren. In der Folge entstehe ein **erhöhtes Konflikt- und Gewaltpotenzial**. Gleichzeitig haben Behörden und Beratungsstellen mit Ausbruch der Corona-Pandemie ihren Publikumsverkehr weitestgehend einstellen müssen, auch Sportvereine sowie kommerzielle Sportanbieter mussten schließen. Trotz kreativer Lösungen vieler Träger kämen körperliche Bewegung und sportlicher Ausgleich für viele Menschen nun zu kurz und körperliche Anspannung, Aggression und Gewalt könnten nicht mehr durch sportliche Betätigung abgebaut werden. Darüber hinaus fehlten die sozialen Komponenten des Sports bzw. gemeinsame Aktivitäten in Gruppen. Das soziale Leben finde weitgehend digital statt, was die zwischenmenschlichen Beziehungen erheblich verändere.

Dzembritzki machte deutlich, dass manche Bevölkerungsgruppen von den Einschränkungen der Corona-Pandemie besonders stark betroffen sind: Dazu gehörten Kinder und Jugendliche, die sich nicht einfach mit Freund_innen persönlich treffen, etwas zusammen erleben oder gemeinsam lernen können. **Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien** würden unter Schulschließungen, Homeschooling und dem Wegfall der Nachmittagsangebote besonders leiden. Ihre Eltern seien oft überfordert und könnten ihre Kinder nur unzureichend beim schulischen Lernen unterstützen. Zudem fehlten in diesen Familien häufig die technischen Möglichkeiten und Voraussetzungen zum

digitalen Lernen. Aber auch Menschen, die auf der Straße leben oder auf die Unterstützung von Sozialeinrichtungen angewiesen sind, bekämen die Folgen der aktuellen Corona-Pandemie durch die Einschränkungen der Hilfseinrichtungen sehr deutlich zu spüren.

Berlin verfügt über zahlreiche engagierte Träger in der Gewaltprävention und ein weit gefächertes Angebot in gewaltpräventiver Arbeit. Unter der Koordination der Landeskommision Berlin gegen Gewalt wurden seit 2017 in allen Berliner Bezirken **Präventionsräte** eingerichtet und von der Landeskommision mit Mitteln ausgestattet, um übergreifende und integrative gewaltpräventive Strategien auf bezirklicher Ebene umzusetzen. Es soll gezielt dort angesetzt werden, wo sich Problemlagen verdichten. Seit Beginn der Coronakrise hätten die Akteure hier eine beeindruckende lösungsorientierte Flexibilität und Adaptionfähigkeit im Bereich der Gewaltprävention gezeigt, meinte Dzembitzki. Dabei würden auch neue Medien und Formate genutzt, wie zum Beispiel Messengerdienste, Videokonferenzen, Online-Akademien und Sorgentelefone. Um Maßnahmen weiter anbieten zu können, seien bewährte Projekte und Maßnahmen auch angepasst worden, etwa die Arbeitsweise der mobilen Teams in der Jugendsozialarbeit, die nun verstärkt Präsenz im öffentlichen Raum zeigen und die Aufklärungsarbeit bei Jugendlichen verstärkt haben.

Ingo Siebert, Leiter der Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, wies darauf hin, dass die Digitalisierung schon seit vielen Jahren ein wichtiges Thema bei der Gewaltprävention ist. Auch die Landeskommision Berlin gegen Gewalt sei schon länger im Netz aktiv, z.B. zur Prävention von sexueller Gewalt oder Cybergrooming. Zudem wurden eigene Plattformen geschaffen, etwa auf Instagram und Facebook. Das Engagement wurde in Zeiten der Pandemie verstärkt und es wurden Modellprojekte digitaler Angebote in verschiedenen Bereichen aufgelegt. Wichtig sei dabei das Ziel, gemeinsam mit den Partnern in den Senatsverwaltungen, freien Trägern und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Netz aktiv zu sein und innovative Wege zu gehen.

„Die Akteure in der Berliner Gewaltprävention haben inzwischen zahlreiche kreative, innovative und experimentelle Ansätze entwickelt und umgesetzt, um auch in Pandemiezeiten geeignete Angebote der Gewaltprävention machen zu können“, sagte Eikenberg. Eine besondere Rolle spiele dabei die **lokale Ebene**. Deshalb werde beim Fachtag ein besonderer Fokus auf die Ebene der Bezirke und die Arbeit im Kiez gelegt und neue Instrumente und Formate vor Ort vorgestellt. Das Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung hat die Fachtagung zusammen mit der Landeskommision Berlin gegen Gewalt konzipiert und organisiert. Gemeinsam mit Fachleuten der Berliner Präventionsarbeit wurde über die „Lehren aus dem Lockdown – Gewaltprävention in Zeiten von Corona“ diskutiert und **Best-Practice-Beispiele** in der Kiezorientierten Gewaltprävention vorgestellt.

Herausforderungen für die gewaltpräventive Arbeit vor Ort

Siebert verdeutlichte, dass die Kontaktbeschränkungen die Präventionsarbeit vor erhebliche Herausforderungen stellen: Wenn den Kindern und Jugendlichen, aber auch den Erwachsenen nicht mehr auf der Straße oder in sozialen Einrichtungen begegnet werden kann, entstünden daraus sehr große Probleme für die gewaltpräventive Arbeit. Hier müssten neue Wege gegangen und darüber nachgedacht werden, wie die Aufgaben möglichst durch **digitale Angebote** ersetzt werden können.

Susanne Fischer, Referentin im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung, verwies auf das große Problem, dass durch die Verlagerung der Angebote in den digitalen Raum **Kontaktschwierigkeiten** zu einigen Bevölkerungsgruppen entstehen. Nicht jede Zielgruppe sei digital erreichbar, wie z.B. Obdachlose. Selbst wenn die sozialen Träger über die notwendige technische Ausstattung verfügen – was derzeit nicht flächendeckend der Fall ist – hätten die Zielgruppen noch keinen Zugang zu den erforderlichen Geräten. Viele Angebote der Sozialarbeit könnten nicht ins Digitale übertragen werden, was zu einer starken Einschränkung der Angebote geführt habe: So konnten im letzten Winter aus Infektionsschutzgründen bei der Kältehilfe nur noch ein Bruchteil der Räume genutzt

werden. Die Träger müssten nun sehr kreativ sein, um mit ihren Zielgruppen in Kontakt zu treten und gewaltpräventive Arbeit machen zu können. Sehr viele Mitarbeiter_innen in der Gewaltprävention machten sich große Sorgen, wenn sie den **Kontakt zu Kindern und Frauen verlieren**, die sie betreuen, und nicht klar ist, ob diese Gewaltsituationen ausgesetzt sind.

Siebert verwies auf die **schwierige Situation in den Familien**. Für viele Menschen sei es eine enorme Belastung, dass das soziale und berufliche Leben zu großen Teilen nur noch digital stattfinde. Homeoffice und Homeschooling müssten – oft gleichzeitig – in den Alltag integriert werden. Dies stelle Familien vor ganz neue Herausforderungen bei der Organisation der Berufstätigkeit und des Familienlebens. Zudem seien die Wohnungen nicht immer groß genug und geeignet, um Care-Arbeit und berufliche Aufgaben parallel zu erledigen. Eltern müssten neben der Erziehungsarbeit auch noch Teile des Unterrichtens übernehmen, was viele überfordere. Durch die Verlagerung von Konflikten und Gewalt aus dem öffentlichen in den privaten Raum in der Pandemie hat die **häusliche Gewalt** zugenommen. Dadurch habe sich auch die Schwerpunktsetzung der Gewaltpräventionsarbeit in die privaten Wohnungen verlagert und es müsse nach Möglichkeiten gesucht werden, wie überforderte Menschen in den Familien gezielt unterstützt werden können.

Fischer machte auf die Notwendigkeit aufmerksam, **alle Zielgruppen anzusprechen**. Neue Methoden wie beispielsweise Podcasts seien auch mit der Möglichkeit verbunden, Zielgruppen zu erschließen, die mit der üblichen Straßensozialarbeit bisher nicht erreicht werden konnten. „Das ist auch eine Chance, Sozialarbeit neu zu denken und herauszufinden, welche neuen Aufgaben, Probleme und Lösungswege es gibt“, meinte Fischer.

Auch nach Ansicht von Siebert könnten die Pandemie-Erfahrungen eine Chance sein, sich in manchen Bereichen neu zu entwickeln. Er kritisierte, dass in der Vergangenheit sehr viele **Bereiche der Daseinsvorsorge** privatisiert oder mit weniger finanziellen Mitteln ausgestattet wurden. Der Staat habe sich in vielen Bereichen zu stark aus seiner Verantwortung zurückgezogen, was zu Engpässen in der Versorgung geführt habe. In Zeiten der Pandemie werde nun besonders deutlich, dass diese Bereiche nicht krisenfest aufgestellt sind. Diese Erfahrung sollte als Anlass dienen, dass der Staat wieder mehr Verantwortung übernimmt und insbesondere die Bereiche Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheit und Pflege wieder zukunftsfähig aufstellt. Hier gelte es, von der starken Orientierung an ökonomischen Kriterien abzurücken, neue Ziele zu formulieren und andere Maßnahmen umzusetzen. Entscheidend sollte die Frage sein: „Sind die Menschen versorgt, können sie auch in Krisensituationen richtig versorgt werden und haben alle Menschen Zugang zur Daseinsvorsorge?“

Nach Siebert hat die Krisenerfahrung auch deutlich gemacht, dass die **Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen** ernst genommen werden müssen. Die Pandemie habe das Bewusstsein befördert, dass soziale Beziehungen bzw. der Kontakt zu Freund_innen für die individuelle Entwicklung der Kinder und Jugendlichen von zentraler Bedeutung ist, etwa beim Sport. Diese Erkenntnis sei nun auch stärker in den Fokus der Präventionsarbeit gerückt. Ein weiterer Bereich der Präventionsarbeit ist nach Siebert die **Gewalt im digitalen Raum**. Im Zuge zunehmender Digitalisierung sei diese Frage immer wichtiger geworden, zum Beispiel Hassgewalt, Cybergrooming, Cyberstalking im Netz.

Aus der Pandemie kann nach Fischer auch gelernt werden, welche Angebote auf jeden Fall vor Ort in Präsenz stattfinden müssen und welche Angebote im Netz möglich sind. Manche Themen der Sozialarbeit seien digital nicht zu bearbeiten, sondern bräuchten das Engagement vor Ort. Dazu gehörten große Berliner Einrichtungen wie die Tafel, aber auch die Arche, die sich speziell an Kinder richtet. „Wir müssen uns auch darüber Gedanken machen, wie Menschen, denen es finanziell nicht gut geht, besser ausgestattet werden können, damit sie ein würdiges Leben haben können und z.B. mit ausreichend Lebensmitteln versorgt werden“, meinte Fischer. Dies seien grundlegende Probleme, deren Lösung nicht ins Digitale verlagert werden könne. Auch wenn viele Angebote digital angeboten oder mit neuen Konzepten durchgeführt werden können, gebe es Bereiche, die in klassischer Straßensozialarbeit oder **Sozialarbeit vor Ort** geschehen müssen. Hier würden nach wie

vor **konkrete Unterstützungsmaßnahmen** gebraucht. In Berlin komme als weiteres Problem der Raummangel hinzu: Viele soziale Träger würden ihre Räume verlieren, weil die Mieten zu teuer werden oder die Räume anderweitig gebraucht werden. Es müsse dafür gesorgt werden, dass Sozialarbeit vor Ort in geeigneten Räumen stattfinden kann und die Arbeitsfähigkeit bestehen bleibt.

Aufschwung der Verschwörungserzählungen in Zeiten der Corona-Pandemie

Der Glaube an Verschwörungserzählungen hat im Zuge der COVID-19-Krise erheblichen Auftrieb bekommen und die Zahl an verschwörungsideologischen Gruppen und Kommunikationskanälen ist stark angestiegen. Dr. Jan Skudlarek, Sozialphilosoph und Autor, beschäftigte sich in seinem Input mit den Verschwörungserzählungen in Zeiten der Corona-Pandemie.¹ Nach Ergebnissen empirischer Studien seien in Deutschland derzeit etwa drei von zehn Menschen empfänglich für Verschwörungserzählungen und konspiratives Denken, verbunden mit der Vorstellung, dass geheime Mächte für die Corona-Pandemie verantwortlich sind. Das sei ein **beträchtlicher Bevölkerungsteil**, meinte Skudlarek. Zu ähnlichen Ergebnissen war die sog. Mitte-Studie 2019 gekommen: Schon vor der Corona-Pandemie zeigte sich ein erheblicher Teil der Menschen für Verschwörungstheorien offen, zweifelte an Politik und Medien oder vertraute den eigenen Gefühlen mehr als Expert_innen.²

Skudlarek stellte zentrale Verschwörungserzählungen vor, z.B. dass

- der Staat das Coronavirus als Biowaffe in einem kriegerischen Angriff gegen die eigene Zivilbevölkerung einsetzt,
- Bill Gates der Schöpfer der Pandemie ist und als großer Manipulator, Strippenzieher und gefährlicher, bössartiger Mensch von der Krise profitiert (Hassfigur aufgrund seiner Macht und Präsenz, Analogie von Viren und Computerviren, finanzieller Gewinn durch Impfen),
- der politikberatende Virologe Christian Drosten Unwahrheiten verbreitet („Chef-Virolöge“, Pinocchio-Bilder).

Verschiedene Verschwörungserzählungen beruhen auf der Idee, dass die Pandemie „kein Zufall“ ist, sondern von Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft oder Medien aus eigenen Interessen „erfunden“ oder gesteuert wird, meinte Skudlarek. Daraus sei eine erhebliche konspirative Industrie entstanden, in der Menschen Unwahrheiten unter dem Deckmantel des Aufklärens und Wahrheitssagens verbreiten. Eine zentrale Rolle spielten dabei **Bilder**, die eine klare, unmissverständliche Botschaft transportieren. Ein wichtiges Kennzeichen von Verschwörungserzählungen sei eine **destruktive Kreativität**, die durch Diffamierung mit „unterhaltsamen Aspekten“ Glaubwürdigkeit untergraben soll. So werden z.B. einzelne Politiker_innen (z.B. Bundeskanzlerin Angela Merkel), Wissenschaftler_innen (z.B. der Virologe Christian Drosten) zur Zielschreibe von Hass und Häme.

Demokratische Politik, unabhängige Berichterstattung der Presse oder Erfolge der Wissenschaft werden auch allgemein diffamiert (z.B. „Medien sind das Virus“, die Bevölkerung folgt den Anweisungen der Politik wie Schafe, Impfung als Russisch Roulette oder Massenmord). Eine wichtige Rolle spielen **Karikaturen und Internet-Memes**, in denen zum Beispiel die Bundesrepublik mit der nationalsozialistischen Diktatur gleichgesetzt wird oder „Ungeimpft“-Judensterne einen provozierenden Vergleich mit den Opfern des Holocaust imaginieren, während Verschwörungsgläubige als Opfer einer totalitären Politik dargestellt werden. Diese Form der

¹ Jan Skudlarek hat ein Buch über Verschwörungserzählungen verfasst: Wahrheit und Verschwörung. Wie wir erkennen, was echt und wirklich ist. Durchges. und erg. Aufl. Reclam 2021.

² Vgl. Andreas Zick/Beate Küpper/Wilhelm Berghan: Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Berlin 2019. Zusammenfassung der Ergebnisse:
<https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=39654&token=b0885615499aae36a49159101cc5a114769827c4> (Abruf: 04.06.2021).

symbolischen Kommunikation sei nicht nur sachlich völlig unangemessen, revisionistisch und geschichtslos, sondern auch Ausdruck „einer besorgniserregenden Verrohung der Kommunikation“, meinte Skudlarek. Die Aussagen und Bilder werden auf verschiedenen Kanälen weiterverbreitet: in Büchern, sozialen Medien, mit Messengerdiensten (z.B. Telegram) oder auf Demonstrationen – etwa der sog. Querdenker-Szene.

Skudlarek benannte **drei wesentliche Elemente** von Verschwörungserzählungen:

1. Die große Täuschung (die Menschen werden belogen und es gibt eine geheime Wahrheit),
2. Die Bedrohung (eine unentdeckte Gefahr stellt eine existenzielle Bedrohung für die gesamte Gesellschaft dar),
3. Mächtige Hintermänner (Verschwörer_innen verfolgen eine geheime Agenda).

Studienergebnisse aus der Sozialpsychologie zeigen, dass verschiedene **Indikatoren** Verschwörungsdenken begünstigen:

- Gefühl mangelnder Kontrolle/Ohnmachtsgefühl
- Subjektives Gefühl der Bedrohung
- Niedriges Bildungsniveau (weniger formale Bildung, weniger Einfluss und Partizipation in der Gesellschaft)
- Einzigartigkeitsbedürfnis (Aufwertung des Selbstbildes durch exklusives Wissen, wie die Studie „I Know Things They Don't Know“ herausgearbeitet hat³)
- Politischer Extremismus
- Bereitschaft zum „logischen Rosinenpicken“ (hohe Widerspruchsakzeptanz) statt logischer Kohärenz, um die eigene konspirative Geschichte glauben zu können und sich gegen den „Mainstream“ zu positionieren.

Präventionsarbeit sollte nach Ansicht von Skudlarek beim **Selbstbild und der Identität** ansetzen: Hier müssten die Menschen „abgeholt“ und wahrgenommen werden. Die Sorgen und Ängste dieser Menschen müssten zu einem Teil der Lösung werden. Zwar sei die inhaltliche sachliche Gegenrede auf der Basis von Fakten immer auch wichtig, doch sei die Wirkung von Argumenten begrenzt, weil viele dieser Menschen ideologisch gefestigt und manche auch schon radikalisiert in ihrem Glauben sind. Aufklärung und Gegenrede hätten manchmal den gegenteiligen Effekt, da sich diese Personen oft nur noch mehr in ihre Ideologie hineinsteigern, je mehr man ihnen widerspricht. Menschenfeindlichen Aussagen sollte aber natürlich widersprochen werden. Empfehlenswert sei ein sokratisches Nachfragen (Wo hast Du das gelesen? Woher weißt Du das?), um herauszufinden, welche **Bedürfnisse dieser Menschen** die Verschwörungserzählung erfüllt und andere Lösungen dafür anzubieten. Legitime Bedürfnisse und echte Probleme, wie z.B. Unsicherheit oder mangelnde Partizipation, müssten wahrgenommen und mit geeigneten Angeboten der Bildungsträger für bestimmte Zielgruppen beantwortet werden. Dieselben Regeln seien im Umgang mit Verschwörungsgläubigen im Familien- und Freundeskreis zu empfehlen. Statt gleich empört alles zurückzuweisen, wäre es sinnvoll, dialogbereit zu bleiben und Affekthandlungen wie wütendes Hörerauflegen bei Telefonaten zu vermeiden, da man damit auf der emotionalen Ebene bleibe, was auf der Beziehungs- und Sachebene nicht weiterhelfe.

Nach Skudlarek sollte man sich damit abfinden, dass manche für sachliche Argumente „verloren“ sind. Viel wichtiger sei es, die Gruppe der ideologisch Ungefestigten zu erreichen. Von zentraler Bedeutung sei es, bereits **Kinder und Jugendliche** in der Bildungs- und Jugendarbeit für das Thema zu sensibilisieren und Medienkompetenztrainings anzubieten.

³ Anthony Lantian/Dominique Muller/Cécile Nurra/Karen M. Douglas: “I Know Things They Don't Know”. The Role of Need for Uniqueness in Belief in Conspiracy Theories, 10. Juli 2017, <https://doi.org/10.1027/1864-9335/a000306>, <https://econtent.hogrefe.com/doi/10.1027/1864-9335/a000306> (Abruf: 02.06.2021).

Blick in die Praxis: Neue Projekte und innovative Ansätze in der Gewaltprävention

Online-Beratung bei häuslicher Gewalt: Video-Podcast-Reihe zu beidseitiger Paargewalt

Marcel Kruse, Psychologe in der Familienberatung des Caritasverbands für das Erzbistum Berlin e.V., berät Paare, die wechselseitig Paargewalt erleben. Nach den Ergebnissen internationaler Forschung sei eine nennenswerte Zahl an Paaren von beidseitiger Gewalt betroffen, die gravierende Auswirkungen habe:

- sie schaffe bei den Betroffenen eine Atmosphäre von Angst und Bedrohung und gefährde sie an Geist und Körper,
- sie könne die mitbetroffenen Kinder und Jugendlichen traumatisieren und stelle einen klaren Fall von Kindeswohlgefährdung dar,
- sie führe zu enormen gesellschaftlichen Folgekosten auf gesundheitlicher, sozialer und politischer Ebene.

Kruse machte darauf aufmerksam, dass in der COVID-19-Krise aufgrund der häuslichen Enge durch Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen das Gefahrenpotenzial für eine Gewalteskalation in Familien und bei Paaren gewachsen ist. Da keine Vor-Ort-Beratung mehr möglich war, wurde die Video-Podcast-Reihe „Jetzt mal anders – ohne Gewalt“ gestartet, in der Betroffene Hinweise für ein **gewaltfreies Miteinander in Paarbeziehungen** erhalten. Die von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt geförderten Video-Podcasts werden auf Facebook, Instagram und Twitter veröffentlicht und sind auch auf Youtube zu sehen, z.B. zu den Themen „Die Kinder waren dabei – und jetzt?“, „Selbstkontrolle – wie geht das?“, „Rot nach Gelb – Training bei beidseitiger Paargewalt.“⁴ Wichtige Zielgruppen neben den betroffenen Paaren sind auch deren Angehörige sowie Fachkräfte und Multiplikator_innen, die in diesem Bereich arbeiten.

In der Videoreihe wurden die Erfahrungen aus der Vor-Ort-Beratung in ein Videoformat übertragen. Schauspieler_innen stellen typische Szenen beidseitiger Paargewalt und mögliche Lösungswege in abstrakter, pantomimischer Form dar. Dabei habe man sich für einen ungewöhnlichen Ton entschieden, indem auch auf gelöste, teilweise überspitzte und humorvolle Weise gesprochen wird, meinte Kruse. In diesem Beratungsansatz habe der Ernst bei dem schweren Thema häusliche Paargewalt zwar weiterhin seinen Platz, doch werde dabei auch eine **Atmosphäre der Leichtigkeit** integriert. Der Beratungsansatz der Video-Reihe beruht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen von Prof. Dr. Julius Kuhl, der aus Erkenntnissen verschiedener Studien der Persönlichkeitspsychologie eine Metatheorie entwickelt hat, die sog. PSI-Theorie (Theorie der Persönlichkeits-System-Interaktionen): Demnach steuern verschiedene Funktionssysteme im Gehirn das Fühlen, Denken, Handeln und Reflektieren des Menschen. Sie interagieren im Wechselspiel miteinander und werden durch Stimmungslagen beeinflusst.

Theorie der Persönlichkeits-System-Interaktion (PSI-Theorie) nach Julius Kuhl

<i>Stimmungslage</i>	<i>aktiviertes psychisches System</i>	<i>Wirkung auf Verhalten</i>	<i>Gefahr bei Festlegung</i>
negativ-ernst	Objekterkennungssystem: erkennt Neues, Problematisches, Fehler	bildet die Grundlage für Lernen, Persönlichkeitsentwicklung, Verhaltensänderung	fokussiert auf Unstimmigkeiten, Konstruktives wird nicht mehr erkannt
sachlich-nüchtern	Intentionsgedächtnis: erzeugt neue Absichten	ermöglicht Denken und Planen sowie die Entwicklung von Zielen	im Denken und Planen verharrend, handlungsunfähig

⁴ <https://bit.ly/342yOc3>.

entspannt-gelassen	Extensionsgedächtnis: emotionales Erfahrungsgedächtnis (innere Impulse und Bilder)	unterstützt Problemlösung auf Basis der Intuition	unkritisches Denken, handlungsunfähig
positiv-freudig	Intuitive Verhaltenssteuerung: spontanes und geplantes Handeln	erlaubt die Ausführung von Plänen und die Umsetzung von Zielen	instinktives Verhalten, mangelnde Tiefe des Handelns

Probleme entstehen nach Kruse immer dann, wenn Menschen auf ein einziges System, etwa auf eine negativ-ernste Stimmungslage, festgelegt sind. Dadurch werden sie daran gehindert, ihre **Bedürfnisse** wahrzunehmen und ihre **Veränderungsziele** umzusetzen. Deshalb sollten die Systeme in der Beratung kombiniert werden, damit sie sich gegenseitig befruchten können.

Diesem Ansatz folgt die **Caritas** sowohl in der Vor-Ort-Beratung wie auch in der Video-Podcast-Reihe, indem alle psychischen Systeme und Stimmungslagen der Betroffenen aktiviert werden:

1. Problemerkennung (negativ-ernste Stimmung): Die Probleme in der Paarbeziehung werden mit den Klient_innen ausführlich thematisiert.
2. Formulierung eines Ziels (sachlich-nüchterne Stimmung): Es wird darüber gesprochen, was die Klient_innen erreichen möchten.
3. Weg zum Ziel (entspannt-gelassene Stimmung): Gemeinsam mit den Klient_innen und unter Einbezug ihrer Erfahrungen wird erkundet, in welchen Schritten das Ziel erreicht werden kann.
4. Handlungen (positiv-freudige Stimmung): Es findet ein Übergang in ein gelöstes, positives Miteinander statt: Was haben die Klient_innen aus den Gesprächen mitgenommen und was möchten sie tun?

Kruse weiß aus seiner praktischen Beratungserfahrung, dass die betroffenen Menschen bei diesem Vorgehen einen Weg aus beidseitiger Gewalt finden können. Dafür sei es wichtig, das Leid der Gewaltbetroffenen ernst zu nehmen, den Blick aber nicht nur auf die Gewaltproblematik, sondern auch auf das Leichte und Positive zu richten. Nur so könne Raum für die Bedürfnisse und Veränderungsüberzeugungen sowie für Handlungsimpulse der Betroffenen geschaffen werden. Die Haltung, wie über das Thema Gewalt gesprochen werde, wirke sich unmittelbar auf die Wirksamkeit der gewaltpräventiven Arbeit aus, meinte Kruse. Nach Kruse wäre dieser Ansatz bei allen Beratungs- und Hilfsangeboten sinnvoll, um die gewünschten Verhaltensänderungen zu befördern.

Die Videos könnten nur ein Hilfsmittel sein und die persönliche Beratung vor Ort nicht ersetzen. Dennoch seien sie eine wichtige Ergänzung, um bei Betroffenen, Angehörigen und Multiplikator_innen ein Bewusstsein für das Phänomen der beidseitigen Paargewalt zu schaffen, da bei häuslicher Gewalt meistens immer nur an einseitige häusliche Gewalt gedacht wird. So könne das Projekt auch zu einem ganzheitlicheren Bild von Paargewalt beitragen.

Digital Streetwork: Das Modellprojekt „DiMe – Digitale Methoden der (aufsuchenden) Jugendsozialarbeit“

Laura Ballaschk berichtete über das Modellprojekt „DiMe – Digitale Methoden der (aufsuchenden) Jugendsozialarbeit“ des Trägers Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung, das von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt gefördert wird. Die Träger mobiler Jugendsozialarbeit sollen dabei unterstützt werden, sich über Ideen und Erfahrungen auszutauschen, Best-Practice-Beispiele kennenzulernen, sich zu vernetzen und sowohl ihre Kompetenzen als auch die Angebote für die Jugendlichen im digitalen Raum weiterzuentwickeln. Gemeinsam mit den Trägern wurden vier **inhaltliche Handlungsfelder** festgelegt: 1. Online-Radikalisierungsprävention, 2. DVSGO-konforme, technisch und finanziell umsetzbare und zudem zielgruppenadäquate Kommunikationswege (z.B. Plattformen und Messengerdienste), 3. Online-Empowerment-Ansätze, 4. Aufsuchende Jugendsozialarbeit bzw. das Ansprechen von Jugendlichen im digitalen Raum. Wichtig seien auch

Themen wie digitale Beziehungsarbeit, Medienkompetenzen sowie medienbezogene Jugendsozialarbeit, berichtete Ballaschk. Letztlich solle Digital Streetwork als Teil von Streetwork etabliert werden. Dazu gehöre, bei Politik und Verwaltung das Bewusstsein zu verankern, dass es dafür zusätzliche Ressourcen braucht, insbesondere für eine adäquate technische und personelle Ausstattung.

Ein wichtiger erster Schritt ist die Zusammenstellung der vorhandenen Angebote und Kooperationspartner_innen, um Bedarfe, Herausforderungen und Erfolgsfaktoren zu erkennen. Im Winter 2020 hat Minor eine Bestandsaufnahme und Bedarfserhebung in der Berliner Jugendsozialarbeit im digitalen Bereich durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass viele Träger der mobilen Jugendsozialarbeit schon verschiedene Angebote im Bereich digitale Jugendsozialarbeit umsetzen. Als Probleme ihrer täglichen Arbeit benannten die Träger besonders häufig zunehmende Radikalisierungstendenzen, den Glauben an Verschwörungsideologien, aber auch fehlende Fördermittel. Mit der Corona-Krise hätten sich diese Probleme weiter verschärft, so Ballaschk. Teils würden sich die Herausforderungen durch die Digitalisierung verändern bzw. erforderten im digitalen Raum andere Antworten als im analogen Raum, teilweise gebe es auch spezifische Herausforderungen im digitalen Umfeld, z.B. ein sorgloser Umgang der Jugendlichen mit Daten im Netz, Cybermobbing oder die Flucht in digitale Parallelwelten.

Ein wichtiges Ziel des Projekts ist auch, Erfahrungen mit **digitalen Methoden in der (aufsuchenden) Jugendsozialarbeit** zu sammeln und neue Wege zu erproben. Die Kontaktaufnahme erfolgt in den bisher vorhandenen Modellprojekten vor allem über soziale Medien wie Facebook und Instagram, teilweise auch über Messengerdienste. Dabei wird die Idee der analogen aufsuchenden Sozialarbeit ins Digitale übertragen: Die Berater_innen und Sozialarbeiter_innen gehen dorthin, wo sich die Zielgruppe aufhält, sie werden dort Mitglied und sprechen die Jugendlichen an. Das brauche relativ viel Zeit und die Fachkräfte müssten auch Reputation aufbauen, um Teil der Community zu werden.

In der Diskussion wurde auch auf **kritische Punkte** dieses Ansatzes hingewiesen: Eltern würden ihre Kinder in der Regel davor warnen, mit fremden Leuten im Internet Kontakt aufzunehmen, auch weil dort viele Leute mit falscher Identität oder problematischen Absichten unterwegs sind. Woher könnten Eltern und Kinder wissen, dass es sich bei den Personen, die im Netz Kontakt zu ihren Kindern aufnehmen, tatsächlich um vertrauensvolle Sozialarbeiter_innen handelt? Ballaschk sieht hier eine zentrale Herausforderung digitaler aufsuchender Jugendsozialarbeit. Aus diesem Grund würden Jugendsozialarbeiter_innen meist klare Profile in den Sozialen Medien anlegen, mit Links und Impressum zum Träger, um hier eine glaubwürdige Verbindung herzustellen. Darüber hinaus bliebe die Möglichkeit, dass Eltern und Lehrer_innen direkt beim Träger nachfragen. Als zweiter wichtiger Punkt wurde benannt, dass Jugendliche Rückzugsräume brauchen, in denen sich niemand mit professionellen Ansätzen einmischt und in denen sie sich privat und unbeobachtet austauschen können. Die digitale aufsuchende Jugendarbeit dringe in diese Räume ein. Ballaschk meinte, es sei eine Gratwanderung und es müsse mit viel pädagogischem Fingerspitzengefühl herangegangen werden. Sinnvoll wäre es, wenn die Träger gemeinsam einen Standard für diese Art der digitalen Jugendsozialarbeit entwickeln, die sich sowohl praktisch umsetzen lässt als auch den fachlichen Ansprüchen genügt.

Bisherige Erfahrungen zeigen, dass eine **Kombination aus analogen und digitalen Angeboten** in der Jugendsozialarbeit sehr vorteilhaft sein kann, meinte Ballaschk: Dabei wird mit den Jugendlichen zunächst analog Kontakt aufgebaut und anschließend wird die Beziehung digital weitergeführt, etwa über Instagram. Auf diese Weise könne dem Problem der anonymen Ansprache im Netz entgangen werden und im persönlichen Kontakt Vertrauen hergestellt werden. Persönliche Kontakte mit konkreten Ansprechpersonen seien für Jugendliche bei den meisten Themen sehr wichtig. Letztlich müssten Wege gefunden werden, wie der aufsuchende Teil der Arbeit im digitalen Raum angemessen gestaltet und mit analogen Ansätzen kombiniert werden kann. Denn es bestehe das Problem, dass viele Jugendliche mit analogen Angeboten nicht erreicht werden können, was sich in

der Pandemie sehr deutlich gezeigt habe. Viele Jugendlichen hätten sich in digitale Räume zurückgezogen, wo sie sich oft ohne Ansprechpersonen und Unterstützungsmaßnahmen aufhalten und der Gefahr ausgesetzt sind, zum Beispiel von Gefährder_innen aus dem rechtsextremen Milieu angesprochen zu werden oder mit jugendgefährdenden Inhalten in Kontakt zu kommen. Deshalb seien aufsuchende Ansätze im digitalen Raum als ergänzendes Angebot sehr wichtig.

Neues Online-Format in der Radikalisierungsprävention: der Podcast des Projekts Islam-ist

Die Website www.islam-ist.de ist ein Informationsportal rund um das Thema Islam, das durch die Landeskommision Berlin gegen Gewalt und das Hessische Ministerium des Innern und für Sport finanziert wird.⁵ Thema sind Fragen zum aktuellen **Lebensalltag von muslimischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen**. Das Projekt bedient sich verschiedener Medien und Kanäle, unter anderem gibt es eine umfangreiche Videosammlung. Seit Frühjahr 2020 gibt es auch einen Podcast zur Radikalisierungsprävention, von dem inzwischen etwa 20 Folgen existieren.

Sebastian Ehlers von Violence Prevention Network (VPN gGmbH) und Projektleiter von Islam-ist verdeutlichte, dass sich das Projekt vorrangig an junge Menschen muslimischen Glaubens richtet und bewusst einen **Gegenpol zu extremen Akteur_innen im Netz** bilden möchte.⁶ Der Podcast als Teil des Projekts stößt auf großes Interesse: Allein im letzten Quartal kamen fast 500 neue Abonnent_innen hinzu. Die im Podcast behandelten Themen sind religiös und weltlich und orientieren sich an der Lebensrealität der jungen Zielgruppe – es wird über den Ramadan genauso gesprochen wie über die „erste Liebe“. Die Gespräche werden anschließend noch in verschiedenen Formaten aufbereitet und **mehreren Kommunikationskanälen** zielgruppengerecht weiterverbreitet, z.B. werden Bildergeschichten auf Instagram eingestellt oder Zitate in anderen Social Media-Kanälen publiziert. So können wichtige Aussagen als Statements zu aktuellen Diskussionen im Netz verbreitet werden, manchmal ergänzt durch Literaturempfehlungen oder Informationen zum Kontext. Nach Ehlers ist es sehr vorteilhaft, zwischen verschiedenen Kommunikationskanälen Verweise zu machen, um möglichst große Aufmerksamkeit zu generieren. Auch die Einbindung von Influencer_innen habe in den sozialen Medien meist große Wirkung.

Ehlers wies darauf hin, dass es in Deutschland etwa 70.000 Podcasts gibt und etwa zehn Millionen Menschen sich regelmäßig Podcasts anhören.⁷ Der Altersschwerpunkt des Publikums liege zwischen 29 und 49 Jahren. Die noch Jüngeren seien schwieriger mit diesem Medium zu erreichen. Doch habe ein Podcast einige **Vorteile**: Er sei überall konsumierbar (z.B. auf dem Weg zur Arbeit oder bei der Hausarbeit), könne kontaktlos produziert werden (z.B. indem ein Handygespräch aufgezeichnet wird), die Gesprächspartner_innen könnten anonym bleiben (z.B. wenn sie sich nicht trauen, offen ihre Meinung zu vertreten) und er könne auf verschiedenen Wegen verbreitet werden.

Wenn Fachkräfte in der Gewaltprävention mit Podcasts arbeiten möchten, sollten sie sich zu Beginn folgende Fragen stellen:

- Welche Ziele werden mit dem Projekt verfolgt?
- Welche Zielgruppe soll erreicht werden?
- Welche Akteur_innen sollen bei der Herstellung des Podcasts einbezogen werden?
- Welches Format ist geeignet?
- Welchen Namen soll der Podcast tragen?
- Wie kann Wiedererkennungswert geschaffen werden (z.B. durch eine spezifische Intro- und Outro-Musik)?

⁵ Siehe Website www.islam-ist.de.

⁶ Vgl. Podcast des Projekts Islam-ist, <https://islam-ist.de/podcast/> (Abruf: 6.7.2021).

⁷ „Gemischtes Hack“ ist der beliebteste Podcast in Deutschland, er erhält mehr als 1,1 Mio. Downloads pro Woche.

Darüber hinaus braucht es nach Ehlers eine Redaktion zur Themenauswahl und Recherche, eine Zeitplanung, Sprecher_innen, ein Equipment (Mikro, Handy, Computer zur Nachbearbeitung), einen geeigneten Raum für die Aufnahme (gute Tonqualität, ohne Hall und Störgeräusche), Zeit für die Nachbearbeitung des Audiofiles, Hosten des Podcasts auf einer der (bekannteren) Plattformen oder auf einer eigenen Website zum Download (je nach Zielgruppe) sowie Werbung für den Podcast. „Das alles braucht Zeit und Geduld, aber auch ein **pädagogisches Präventionskonzept**“, meinte Ehlers. Es wäre sinnvoll, wenn sich mehrere Akteur_innen eines Themenbereichs zusammenschließen, um eine Kontinuität des Angebots sicherzustellen. Bei der Wahl dieses Formats müsse man sich darüber bewusst sein, dass ein Podcast eine einseitige Kommunikation darstellt, da es keinen Rückkanal gibt. Wenn man mit der Zielgruppe interagieren wolle, seien zusätzlich noch Social Media-Kanäle erforderlich.

Nach Ansicht von Ehlers können Podcasts einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Radikalisierung zu verhindern und er verwies darauf, dass inzwischen auch schon einige **Podcasts zur Radikalisierungsprävention** angeboten werden.

Initiative gegen Gefahren sexualisierter Gewalt im Netz: Die interaktive Ausstellung Klick Clever

Julia von Weiler ist Vorstandsmitglied bei Innocence in Danger e.V., einem internationalen Netzwerk gegen die sexualisierte Gewalt an Kindern. Sie berichtete vom Projekt „Klick Clever. Wehr Dich. Gegen Cybergrooming“⁸, das Kinder vor sexuellem Missbrauch im Internet schützen soll. Das Thema sexualisierte Gewalt habe im Zuge der Pandemie für Kinder und Jugendliche an Bedeutung zugenommen, so von Weiler. Da es im Lockdown zuhause keine Räume zum Ausweichen mehr gebe, seien Kinder und Jugendliche einer größeren Gefahr ausgesetzt, in einer gewalttätigen oder vernachlässigenden Familie gefangen zu sein. In der Pandemie sei die Situation in den Familien oft angespannt, was Gewalt noch mehr begünstige. Allerdings würden nicht nur die Risiken, sondern auch die Chancen steigen: Kolleg_innen vom Hilfetelefon Missbrauch würden auch berichten, dass die Kinder und Jugendlichen nun mehr Zeit mit ihren Eltern verbringen und dadurch andere Formen des Zusammenseins erleben können. Sie vertrauten sich ihren Eltern eher an, weil ihre Begegnungen nicht im hektischen Alltag untergehen.

Neben dem analogen Raum der Familie gebe es noch den digitalen Raum als zweiten Risikoraum, erläuterte von Weiler. Im Lockdown würden Kinder und Jugendliche noch mehr Zeit auf Social Media und beim Spielen (Gaming) verbringen, was Täter_innen nutzten, um sich gezielt mit Kindern in Verbindung zu setzen und sie zu „groomen“. Gleichzeitig biete der digitale Raum aber auch Chancen für betroffene Kinder, Hilfe zu finden, zum Beispiel bei Save me online, beim Hilfeportal Missbrauch oder in Selbsthilfeforen.

Durch die Pandemie sei die Dringlichkeit des Themas sexualisierte Gewalt im Netz in der Gesellschaft angekommen. Deutlich geworden sei auch, dass sexualisierte Gewalt ganzheitlich betrachtet werden müsse, d.h. dass sowohl analoge als auch digitale Gewalt existiert. Täter_innen nutzten meist alle verfügbaren Möglichkeiten und somit auch beide Formen.

Finanziert von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt hat der Verein Innocence in Danger den **Klick-Clever-Parcours** im Rahmen einer Ausstellung entwickelt: Grundschulklassen werden hier dazu eingeladen, in einem Raum unterschiedliche Stationen zu durchlaufen und sich interaktiv mit dem Thema auseinanderzusetzen. Im ersten Lockdown habe der Verein das Projekt sofort auf reine Online-Angebote umgestellt, was einige Herausforderungen mit sich brachte. In der Zwischenphase der Pandemie mit Öffnungsmöglichkeiten wurde auf ein Workshop-Format umgestellt, indem

⁸ Siehe <https://www.innocenceindanger.de/>.

Mitarbeiter_innen des Vereins die Klassen mit einem Klick-Clever-Reisekoffer vor Ort aufsuchten. Im gegenwärtigen Lockdown wurde dann wieder in den Online-Modus gewechselt.

Von Weiler sieht beim digitalen Angebot und beim Workshop-Angebot den Vorteil, dass dadurch auch Schulen in Bezirken erreicht werden konnten, die sich sonst aufgrund einer großen räumlichen Entfernung nicht auf den Weg zur analogen Ausstellung gemacht hätten. Auch sei bei beiden Formaten eine größere Flexibilität in der Angebotsbreite möglich. Gleichzeitig sei für digitale Formate eine ausreichende digitale Ausstattung unverzichtbar. Ein großes Problem sei, dass bei Weitem nicht alle Schulen und Einrichtungen über die notwendige technische Ausstattung verfügen, um ein Online-Angebot wahrnehmen zu können. Auch als die Kinder im Lockdown zuhause bleiben und dort lernen mussten, sei die technische Ausstattung oft nicht vorhanden gewesen. Es müssten also noch Wege gefunden werden, wie für alle Kinder und Jugendlichen ein Zugang zur notwendigen technischen Ausstattung sichergestellt werden kann.

Von Weiler berichtete über weitere Projekte des Vereins. Dazu gehört die Fortbildung „**Stoppt Sharegewalt**“ für Fachkräfte, in der Wissen und Handlungskompetenz zum Thema „Intervention in Fällen von Sharegewaltigung“ vermittelt wird. Dabei geht es um die ungewollte digitale Weiterverbreitung von Nacktbildern oder intimen Filmen und anderen Formen sexualisierter Cybergewalt.⁹ Zudem wurde in der Pandemie das vom Bundesfamilienministerium geförderte **Modellprojekt #UNDDU. Mach Dich stark gegen sexualisierte Gewalt unter Jugendlichen**¹⁰ gestartet, bei dem digital, hybrid und analog gearbeitet wird. Mit dem Projekt sollen verschiedene Zielgruppen erreicht werden: Jugendliche, die sexualisierter Gewalt durch andere Jugendliche ausgesetzt sind, Jugendliche, die diese Form der Gewalt ausüben und die große Gruppe der Jugendlichen, die das in irgendeiner Form mitbekommen oder sogar anvertraut bekommen. Auch die Eltern aller Zielgruppen und die Fachkräfte werden in unterschiedlichen Formaten und Angeboten angesprochen.

Bei Aufklärungs- und Präventionsangeboten findet es von Weiler wichtig, zwischen unterschiedlichen Angebotsformen und Methoden wechseln zu können. Im digitalen Raum könnten zum Beispiel potenziell mehr Menschen erreicht werden als bei Präsenzangeboten. Von Weiler ist davon überzeugt, dass der Bereich Aufklärung/Intervention/Prävention bei sexualisierter Gewalt im digitalen Raum mit unterschiedlichen Formaten für die Jugendlichen besser sichtbar und ansprechbar sei muss. Hier gebe es noch deutlichen Verbesserungsbedarf, was allerdings Zeit, eine gute Strategie und vor allen Dingen Geld brauche.

Beratung für Opfer von Verschwörungserzählungen: das veritas-Modellprojekt

Annabelle Mattick berichtete von Erfahrungen im Modellprojekt „veritas“ unter der Trägerschaft von culture interactives, einem bundesweit tätigen Verein zur Interkulturellen Bildung und Gewaltprävention. Bei „veritas“ handelt es sich um eine Beratungsstelle für Opfer und Betroffene von Verschwörungserzählungen.¹¹ Das Projekt startete im Januar 2021 und wird durch die Landeskommision Berlin gegen Gewalt bis Jahresende mit der Finanzierung einer Personalstelle gefördert.

Mattick verdeutlichte, dass Verschwörungstheorien schon lange ein Teil der Gesellschaft sind und in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus auftreten. Durch die Möglichkeiten des Internets, der Digitalisierung und der sozialen Medien hätten sich diese in den letzten Jahren rasanter verbreiten können. Besonderen Aufschwung habe das Phänomen mit dem Beginn der Pandemie und den damit aufkommenden Verschwörungserzählungen bekommen. Am Beispiel der sogenannten Hygienedemos zeige sich, dass Verschwörungserzählungen eine sehr heterogene Zielgruppe

⁹ Siehe <https://www.stoppt-sharegewalt.de/> (6.7.2021).

¹⁰ Siehe <https://www.innocenceindanger.de/unddu/> (6.7.2021).

¹¹ Siehe <https://cultures-interactive.de/de/veritas.html> (6.7.2021).

ansprechen, darunter Reichsbürger_innen, Friedensbewegte, Rechtsextreme, Esoteriker_innen und „Bürger_innen von nebenan“. Unter dem Deckmantel der Freiheit und der Berufung auf das Grundgesetz versammelten sich hier Menschen und Gruppierungen, die auf den ersten Blick nichts gemeinsam haben. Auch wenn viele Demonstrationen als Plattform der Rechtsextremen fungiert haben, wäre es verkürzt, Verschwörungserzählungen allein darauf zurückzuführen. Letztlich bildeten die Sympathisant_innen ein Sammelbecken verschiedenster politischer Gruppierungen. An der Entwicklung der letzten Monate werde deutlich, dass Verschwörungserzählungen **individuelle sowie gesellschaftliche Radikalisierungsprozesse** anstoßen und beeinflussen können.

Gerade in Familien bestehe oft ein hoher Leidensdruck, wenn Angehörige einem Verschwörungsglauben folgen. Konflikte seien vorprogrammiert, die zu einer Zerreißprobe familiärer Beziehungen werden könnten. Aus Hilflosigkeit werde deshalb der Kontaktabbruch oft als letztes Mittel gesehen, was für viele jedoch ein sehr schmerzhafter Schritt sei. Betroffene Menschen, die durch Verschwörungsgläubige in ihrem Umfeld einer akuten Belastung ausgesetzt sind, werden durch das Beratungsangebot von veritas darin unterstützt, einen adäquaten Umgang mit diesem Leidensdruck zu finden, Verhaltensoptionen zu entwickeln, die eigenen Grenzen in der Kommunikation zu reflektieren und einen passenden Umgang mit dem Thema und der verschwörungsgläubigen Person umzusetzen. Das Angebot können nicht nur die Opfer direkter Angriffe von Verschwörungsgläubigen in Anspruch nehmen, sondern auch Familienangehörige sowie pädagogische Fachkräfte, die mit verschwörungsgläubigen Menschen zusammenleben oder -arbeiten.

Im Gespräch mit Verschwörungsgläubigen sei oftmals wenig hilfreich, über Fakten zu diskutieren, da der Glaube an eine Verschwörungserzählung eine **identitäts- und sinnstiftende Funktion** einnimmt, erläuterte Mattick. Es sei zielführender, auch auf emotionaler Ebene über das Thema zu sprechen und über interessierte Nachfragen herauszufinden, welche Bedürfnisse und Motive einen Menschen dazu geführt haben, einen Verschwörungsglauben ansprechend zu finden. Auf dieser Basis könnte nach Wegen gesucht werden, ob dieses Bedürfnis auch anderweitig befriedigt werden kann.

Wichtig sei auch, verschwörungsgläubigen Personen ein **Beziehungsangebot** jenseits ihrer Verschwörungsbubble zu bieten, in der sie nur mit gleichen Meinungen konfrontiert werden. Wenn es die eigenen Kapazitäten ermöglichen, sollte signalisiert werden, weiterhin Ansprechpartner_in für die Person zu sein. Wenn alle Bindungen gekappt werden, sei der Ausstieg aus dem Verschwörungsglauben sehr viel schwieriger, was auch anderen extremistischen Gruppierungen oder Sekten bekannt ist. Ungeachtet dessen sollten menschenfeindliche oder antisemitische Aussagen von verschwörungsgläubigen Personen nicht einfach hingenommen werden. Es sei hier wichtig, klare Grenzen zu ziehen und solchen Aussagen deutlich entgegenzutreten.

Für den Umgang mit Verschwörungsgläubigen und die Beratung von Betroffenen gebe es weder ein Patentrezept noch eine Checkliste, die abgehakt werden könne, meinte Mattick. In der Beratung von veritas werde **einzelfallorientiert** gearbeitet, um die spezifische Situation der Betroffenen angemessen zu würdigen. In einem **lösungs- und ressourcenfokussierten Ansatz** werde mit den Klient_innen gemeinsam ein passender Umgang mit der Situation erarbeitet. Dabei werde ein systemischer Ansatz verfolgt, basierend auf der Überzeugung, dass das Umfeld einen maßgeblichen Einfluss auf verschwörungsgläubige Personen hat und somit indirekt zu einer Distanzierung beitragen kann. Das Beratungsangebot ist vertraulich und kostenlos und findet im Moment im Zuge der Pandemiebekämpfung über unterschiedliche Kanäle statt: Beratung über das Telefon und per Mail, sowie online über ein DSGVO-konformes Tool, das für Psychotherapien konzipiert wurde und niedrigschwellig über den Browser genutzt werden kann. In Einzelfällen kann auch unter Einhaltung der Hygieneregeln in den Räumlichkeiten in Kreuzberg vor Ort beraten werden.

Wichtige Ergebnisse

Wie werden Präventionsprojekte in Zeiten von Corona in den Berliner Bezirken umgesetzt?

In der Präventionsarbeit werden derzeit in den Berliner Bezirken zahlreiche neue Projekte und innovative Ansätze umgesetzt. Viele der analogen Formate wurden angesichts der Einschränkungen im Zuge der COVID-19-Krise angepasst bzw. auf digitale oder hybride Formate umgestellt.

Es hat sich gezeigt, dass die **digitalen Formate neue Möglichkeiten** bieten, indem verschiedene Kommunikationskanäle und Formate für die gewaltpräventive Arbeit genutzt werden können. Dadurch besteht die Chance, **neue Zielgruppen zu erschließen** und die Verbindung zu bestimmten Zielgruppen zu stärken, insbesondere zu Kindern und Jugendlichen. Mögliche Wege sind z.B. Instagram-Stories, in denen Jugendliche durch Umfragen beteiligt werden, der Einsatz von TikTok in der Mädchenarbeit oder Quizangebote auf Instagram zu Themen wie Safer Sex, Jugendstrafrecht oder Drogenkonsum. Im Zuge von Gamification können auch Spiele eingesetzt werden, etwa indem Schüler_innen in einer fiktiven Social Media Umgebung erfahren, wie sie Radikalisierung erkennen können.¹² Mit **kreativen Spielformen**, insbesondere in sozialen Netzwerken, können Jugendliche sehr gut erreicht werden. Lern- und Spielangebote können auch „Türöffner“ für andere Angebote werden. Auch Podcasts können Kinder und Jugendliche in ihrer Lebensrealität „abholen“ und gleichzeitig für Fachkräfte und Multiplikator_innen interessant sein. Digitale Formate sind allerdings nicht für alle Themen im Bereich Gewaltprävention geeignet. Hier gilt es im Einzelfall zu prüfen, ob und wie solche Formate eingesetzt werden können – und gegebenenfalls auch darauf zu verzichten.

In der gewaltpräventiven Arbeit ist es vorteilhaft, über **verschiedene Kommunikationskanäle** zu kommunizieren und mit unterschiedlichen Ansätzen sowie vielfältigen Formaten zu arbeiten. So ist es möglich, verschiedene Zielgruppen zu erreichen und Aufklärungsarbeit zu leisten. Die **Kombination von analogen und digitalen Formaten** ist für eine zielgruppengerechte Ansprache von Kindern und Jugendlichen besonders wichtig, da für diese eine persönliche Ansprechperson wichtig ist, um Vertrauen aufzubauen. So kann zum Beispiel ein Fußballspiel draußen damit verbunden werden, sich anschließend digital zum gemeinsamen Fußballschauen zu treffen. Auf diese Weise kann zwischen analogen und digitalen Formaten eine Brücke geschlagen werden. Eine andere Möglichkeit ist, Briefe per Post zu verschicken mit Informationen, wo im Internet gewaltpräventive Angebote gefunden werden können, aber auch indem Kinder und Jugendliche in der Schule bzw. im Unterricht darüber informiert werden, an wen sie sich bei Fragen und Problemen wenden können. Bei manchen Themen sind auch Angebote für Eltern wichtig, zum Beispiel bei den Themen Datenschutz und Cybergrooming.

Als vorteilhaft haben sich Formate erwiesen, die kurzfristig und flexibel umgesetzt werden können. Manche Projekte funktionieren sowohl analog, digital und hybrid, doch sind damit jeweils andere Vor- und Nachteile verbunden. Bekannte und etablierte analoge Formate bilden gute Voraussetzungen für hybride und digitale Angebote. Bei hybriden Formaten müssen die analogen und digitalen Gruppen koordiniert werden. Fachkräfte sollten darüber hinaus mehr Mut zum Experimentieren und mehr Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten haben.

An welche Grenzen stößt die Präventionsarbeit in der COVID-19-Krise?

Trotz kreativer und flexibler Umgangsweisen der Berliner Träger stößt die Präventionsarbeit in Zeiten der Pandemie an ihre Grenzen. Ein großes Problem ist, dass Online-Formate eine **technische**

¹² Vgl. Theresa Kühnert/Lenie Meyer: HIDDEN CODES – mit Serious Games gegen Radikalisierung vorgehen, Werkstatt der Bundeszentrale für politische Bildung, 3.3.2021, <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/327064/hidden-codes-mit-serious-games-gegen-radikalisierung-vorgehen>; zum Spiel: https://playinghistory.de/portfolio_item/hidden-codes-2/ (Abruf: 01.06.2021).

Infrastruktur und Ausstattung (WLAN, Geräte) erfordern, die in vielen Bereichen nicht ausreichend vorhanden ist – weder in Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen noch in vielen Familien. Auch können mit digitalen Formaten einige Zielgruppen nicht erreicht werden, zum Beispiel weil es ihnen an technischer Ausstattung fehlt, der Zugang zur notwendigen technischen Infrastruktur nicht gegeben ist oder die Zielgruppe im Internet nicht präsent ist. Viele Fragen sind noch damit verbunden, wie der **Zugang zu den Social-Media-Kanälen** adäquat gestaltet werden kann: Wie können sich Fachkräfte der Präventionsarbeit dort positionieren, dass sie als glaubwürdig wahrgenommen werden und intervenieren können und zugleich Schutz- und Rückzugsräume für Kinder und Jugendliche gegeben sind?

Manche analogen Angebote der Gewaltprävention können zudem durch digitale Angebote nicht ersetzt werden. Auch wenn digitale Formate soziale Treffen und gemeinsame Sportübungen ermöglichen, fehlt doch der direkte Kontakt, die soziale Interaktion und das Gemeinschaftsgefühl, wie es nur in Präsenz möglich ist. In der Pandemie hat sich deutlich gezeigt, dass in der gewaltpräventiven Arbeit einige **analoge Angebote unverzichtbar** sind und auch künftig weiterhin einen hohen Stellenwert haben werden.

Welche Voraussetzungen braucht es für digitale Angebote zur Gewaltprävention in Berlin?

Wichtig ist eine **ausreichende Zahl an kompetenten Fachkräften**, die sich aktiv im Netz bewegen und Online-Tools einsetzen können. Sie sollten Interesse und eine Offenheit mitbringen, sich dem neuen Feld zu öffnen. Nur dann können sie auf die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen eingehen und mit ihnen auf Augenhöhe agieren. Digitale Angebote sind ein wichtiges zusätzliches Tool zu den weiterhin notwendigen analogen Angeboten. Das erfordert neue und andere Kompetenzen der Fachkräfte in der Gewaltprävention. Entsprechend müssen **Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote** im Bereich **Medienkompetenz** ausgebaut werden. Solche Angebote sollten fester Bestandteil in Ausbildung und im Studium sein (z.B. Soziale Arbeit, Sozialpädagogik, Erziehungswissenschaften) sein. Darüber hinaus sollten kontinuierliche (Weiter-)Qualifikationen angeboten und Anreize geschaffen werden, um eine aktive Teilnahme der Fachkräfte an entsprechenden Fortbildungen zu erreichen. Da der Markt an Weiterbildungsangeboten im Bereich Medienbildung sehr unübersichtlich ist, könnte es sinnvoll sein, eine Marktanalyse durchzuführen und darauf aufbauend die passenden, noch benötigten Angebote zu entwickeln. Dabei sollten Qualifikationen für verschiedene Wissens- und Fähigkeitsstände angeboten werden. Hilfreich wäre auch, verschiedene Zielgruppen über für sie geeignete Qualifikationsangebote aktiv zu informieren. Fachkräfte sollten darüber hinaus genügend Zeit zum **Lernen und Üben** erhalten, um sich mit den Möglichkeiten von digitalen Tools vertraut zu machen und Medienkompetenzen auf verschiedenen Handlungsfeldern auszubilden.

Da digitale Angebote künftig ein Teil der gewaltpräventiven Arbeit sein werden, ist eine **gute technische Ausstattung** auf verschiedenen Ebenen unverzichtbar: aufseiten der Berater_innen und Fachkräfte (z.B. Diensthandys und -computer), in den Hilfe- und Beratungseinrichtungen, den Schulen und bei verschiedenen Zielgruppen. Alle Kinder und Jugendlichen müssen Zugang zu den notwendigen technischen Geräten erhalten, um für die gewaltpräventive Arbeit erreichbar zu sein und die digitalen Angebote wahrnehmen zu können. Zudem bedarf es einer **flächendeckenden und leistungsfähigen digitalen Infrastruktur** (z.B. WLAN). Hier besteht noch deutlicher Handlungsbedarf: Die technische Ausstattung und digitale Infrastruktur muss umfassend bei allen beteiligten Akteuren und Einrichtungen ausgebaut werden.

Für die notwendigen Schulungen und Medienbildungsangebote, den Ausbau der technischen Ausstattung sowie neue und erfolgreiche Projekte der Gewaltprävention bedarf es **ausreichender finanzieller Mittel**.

Auch ist es wichtig, **Fragen des Datenschutzes** im digitalen Raum zu klären. Hier bräuchte es mehr Informationsangebote für die Nutzer_innen von Angeboten, um prüfen zu können, ob Datenschutz

gegeben ist. Dafür könnte auch ein zentrales Tool zur Selbstinformation etabliert werden (z.B. auf Jugendschutz.net, Klicksafe).

Die Veranstaltung hat gezeigt, dass Präventionsarbeit auch in Zeiten von Corona intensiv stattfindet, die Formate und Kommunikationskanäle sich jedoch verändert und erweitert haben. Viele der bisherigen Maßnahmen und Projekte wurden angepasst: zum einen, um die geltenden Hygiene- und Abstandsregeln bzw. Kontaktbeschränkungen einzuhalten, zum anderen, um auf die veränderten Bedürfnisse und Lebensverhältnisse der verschiedenen Zielgruppen zu reagieren. Nach Ansicht von Dzembitzki zeigt dies eindrucksvoll eine **vertrauensvolle Zusammenarbeit von Akteuren** aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft vor Ort, um in Zeiten der Pandemie Gewaltprävention in den Berliner Bezirken sicherzustellen. Dies sei eine gute Voraussetzung, um sichere und lebenswerte Quartiere in Berlin auch unter schwierigen Bedingungen zu schaffen und zu stärken.